

Betreff:

Zehntausend gegen Corona - Coronakrise darf nicht zur Bildungskrise werden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.05.2021 -

Antragstext:

Die Corona-Pandemie hat zu immensen Belastungen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern geführt. Durch die lange Aussetzung des Präsenzunterrichts drohen Bildungsverluste, die ganzen Jahrgängen langfristig schaden können. Das Ifo-Institut hat bereits im Januar eine durch Bildungsverluste hervorgerufene durchschnittliche Verringerung des Lebenseinkommens der von Schulschließungen betroffenen Schüler von 4,5 Prozent prognostiziert. Dabei drohen insbesondere SchülerInnen aus Familien, die sich keinen privaten Nachhilfeunterricht leisten können (oder wollen) und deren Eltern sich nur eingeschränkt beim Homeschooling einbringen können, ins Hintertreffen zu geraten; die Bildungsschere würde sich damit weiter öffnen und das Aufstiegsversprechen durch Bildung konterkarieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Vermeidung langfristiger Bildungsverluste bei Wiesbadener SchülerInnen ein Programm aufzulegen, mit dem die Auswirkungen der Corona-Bildungskrise abgefedert werden. Dieses soll zumindest die folgenden Punkte umfassen:

1. "Zehntausend gegen Corona": Über ein Gutscheinmodell finanziert die Stadt Wiesbaden in einem ersten Schritt 10.000 Nachhilfestunden für SchülerInnen, deren schulische Leistungen besonders unter der Aussetzung des Präsenzunterrichts gelitten haben. Die Abrechnung soll vom Nachhilfeanbieter direkt bei der Stadt erfolgen. Der Magistrat entwickelt kurzfristig ein System zur bürokratiearmen Anmeldung und Abwicklung, das sicherstellt, dass die Gutscheine zielgerichtet bei besonders belasteten Schülerinnen ankommen. Dieses Angebot schließt die zeitliche Lücke zur Realisierung des von Bund und Ländern angekündigten, aber noch nicht beschlossenen Nachhilfegutscheinprogramms.
2. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten wird das Wiesbadener Ferienprogramm vorerst in den Sommer- und Herbstferien 2021 um Kurse zum Aufholen von Lernrückständen, insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch ergänzt, um auch SchülerInnen, deren Schulen keine Feriencamps zum Aufholen von Lernstoff anbieten, zu unterstützen.
3. Der Magistrat legt bis nach den Sommerferien in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Wiesbaden und unter Einbeziehung des Stadtelternbeirats eine kurzfristige Maßnahmenliste vor, mit der der kommunale Beitrag zu einer qualitätsvollen digitalen Lehre geleistet werden kann. Dabei sind insbesondere die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für SchülerInnen und LehrerInnen sowie die Lizenzierung von digitalen Lehrinhalten zu prüfen, um parallel zum laufenden Schuljahr den SchülerInnen eine selbstständige Aufarbeitung vorhandener Defizite zu erleichtern.

Antrag Nr. 21-F-05-0024
FDP

4. Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit dem Land zu Beginn des kommenden Schuljahres eine Lernstandserhebung durchzuführen, um eine qualifizierte Grundlage zu legen, mit der Lernrückstände frühzeitig und gezielt aufgearbeitet werden können.

Wiesbaden, 14.05.2021

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin